

# Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung  
von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

## Studiengebühren und Studierendenauswahl als Managementaufgabe

- Studiengebühren in Deutschland: Ein Überblick.
  - Studiengebühren aus finanzwissenschaftlicher Perspektive.  
Ein Bereitstellungsmodell für Hochschulpolitik und -management
- Bedarfsberechnung für den Ausfallfond der Studienbeitragsdarlehen in Nordrhein-Westfalen
- Managementaufgabe Studierendenauswahl – Private Hochschulen als Pioniere

**2 | 2008**

# Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung  
von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

## Editorial

---



---

29

## Studiengebühren

*Christian Köster*  
Studiengebühren in Deutschland: Ein Überblick. 30

*Andreas Hadamitzky, Alexander Geist & Korbinian von Blanckenburg*  
Studiengebühren aus finanzwissenschaftlicher Perspektive.  
Ein Bereitstellungsmodell für Hochschulpolitik und -management 37

*Andreas Hoffjan & Stefan Kentrup*  
Bedarfsberechnung für den Ausfallfond der Studienbeitragsdarlehen in Nordrhein-Westfalen 42

## Studierendenauswahl

*Andrea Sperlich*  
Managementaufgabe Studierendenauswahl – Private Hochschulen als Pioniere 50

## Tagungsbericht

*Albrecht Blümel & Katharina Kloke*  
Anreizsysteme in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen 55

## Meldungen

---



---

56

## Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte  
F, HSW, IVI, P-OE, QiW, und ZBS IV

2 | 2008

Kann man noch von ‚einem‘ deutschen Hochschulsystem sprechen oder haben wir es bald mit sechzehn verschiedenen Hochschulsystemen in einem Staat zu tun? Diese Frage beschäftigt nicht nur Werner Thieme, den Doyen des deutschen Hochschulrechts. Die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes führt offenkundig im Verein mit der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zu den Themen Juniorprofessor/Habilitation und Studiengebühren sowie den mutmaßlichen Effekten der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern zu einer wachsenden föderalen Ausdifferenzierung in der deutschen Hochschullandschaft. Mehr noch: Soweit gesetzliche Experimentierklauseln zu Rechtsformen der Hochschulorganisation bzw. gesetzlich zugestandene Wahlfreiheiten der Universitäten in puncto Einführung von Studiengebühren den Hochschulen Handlungs- und Ermessensspielraum lassen, kann es auch innerhalb ein- und desselben Bundeslandes zu erheblichen Unterschieden im Hochschulwesen kommen. Ob dies eine begrüßenswerte oder eher kritisch zu bewertende Entwicklung ist, wird sicherlich das zentrale, die Hochschulentwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren begleitende Diskussionsthema sein. Im Rahmen der gerade skizzierten Entwicklung lässt sich auch der Schwerpunkt dieser Ausgabe des HM verorten: Studiengebühren (bzw. wie es in einigen Bundesländern heißt: Studienbeiträge) und Studierendenauswahl als Managementaufgabe für Hochschulleitungen.

Den Auftakt bildet ein Beitrag von *Christian Köster* zu **Studienebühren in Deutschland**. Köster vermittelt einen präzisen Überblick über die aktuelle Gesetzeslage in den sechzehn Bundesländern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.1.2005. Darüber hinaus macht der Beitrag klar, dass die Diskussion um die Einführung der Gebühren so neu gar nicht ist und in der Geschichte der Bundesrepublik bereits diverse Etappen durchlaufen hat. Neben den regulativen Rahmenbedingungen der Einführung von Studiengebühren wird auch eine profunde Reflexion über die organisatorische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und die Verwendung der Beiträge und Gebühren in den einzelnen Bundesländern geboten.

Seite 30

*Andreas Hadamitzky, Alexander Geist & Korbinian von Blankenburg* beleuchten anschließend **Studienebühren aus finanzwissenschaftlicher Perspektive**. Sie stellen fest, dass die Frage, wie eine optimale Finanzierung der Lehr- und Ausbildungsfunktion von Hochschulen aus ökonomischer Sicht erfolgen sollte, aus der deutschen Diskussion um Studiengebühren bislang weitgehend ausgeblendet wurde. Die Autoren nehmen im Weiteren Bezug auf die finanzwissenschaftliche Kollektivgütertheorie, um für die Hochschulpolitik und das Hochschulmanagement eine Bereitstellungsempfehlung zu erarbeiten, die es ermöglicht, Studiengebührenmodelle zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Seite 37

Einen weiteren Aspekt der Einführung von Studiengebühren betrachten *Andreas Hoffjan und Stefan Kentrup* in ihrer Bedarfsberechnung für den Ausfallfond der Studienbeitragsdarlehen in Nordrhein-Westfalen. In den Ausfallfond der NRW.Bank zahlen die nordrhein-westfälischen Hochschulen zur Zeit 14% (bis vor Kurzem noch 18%) der



S. Lange

von ihnen erhobenen Studienbeiträge ein. Diese Einzahlungen dienen u.a. als Rücklage für Zahlungsausfälle durch Studenten, die bei der NRW.Bank ein Darlehen zur Finanzierung ihrer Studiengebühren aufgenommen haben und dieses nach dem Studium nicht zurückzahlen können. Auf der Basis eines vollständigen Finanzplans (VOFI) können Hoffjan und Kentrup die Zahlungsströme im Rahmen des Ausfallfonds darstellen und tragen dazu bei, Transparenz in ein Verfahren zu bringen, das den meisten Akteuren im Hochschulmanagement bislang wie eine ‚Black Box‘ vorkommt. Im Ergebnis ihrer Bedarfsberechnung zeigt sich, dass eine Quote von 13% der Studiengebühren für den Ausfallfond hinreichend wäre. Das übrige Geld könnte sinnvoller in die tatsächliche Verbesserung der Lehre investiert werden.

Seite 42

Ein verwandtes, aber doch mit ganz anderen Problemen behaftetes Feld analysiert *Andrea Sperlich* in ihrem Beitrag **Managementaufgabe Studierendenauswahl**. Hier geht es um die Frage, ob und inwiefern die staatlichen Hochschulen von den langjährigen Erfahrungen der Privaten in Sachen Studierendenauswahl lernen können. Sperlich zeigt dabei sowohl die Mehrstufigkeit als auch die Reziprozität der Verfahren auf, mittels derer sich Hochschulen und Studenten wechselseitig auswählen. Denn ob genügend Studierwillige angezogen werden und ob der im Verfahren erfolgreiche Student letztlich tatsächlich kommt, bleibt für die Hochschule ein Unsicherheitsfaktor, dem mit flankierenden Maßnahmen – insbesondere im Bereich des Marketings – begegnet werden muss. Überraschend ist der hohe Grad an subjektivem Entscheidungsspielraum, der gerade die Auswahlgespräche der privaten Hochschulen kennzeichnet. Letztlich empfiehlt Sperlich den staatlichen Hochschulen eine gezielte Arbeit an der Passfähigkeit, sowohl was die Auswahl der Bewerber als auch das Profil des eigenen Studienangebots mit Blick auf die avisierte Zielgruppe anbelangt.

Seite 50

Das Heft wird abgerundet durch einen Tagungsbericht von *Albrecht Blümel und Katharina Kloke*. Referiert werden Verlauf und Ergebnisse der **Fachtagung Anreizsysteme in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen**, die organisiert vom Stiftungslehrstuhl für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement und vom Zentrum für Wissenschaftsmanagement vom 15. bis 16. April 2008 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer abgehalten wurde.

Seite 55

S.L.